



Energieeffizienz-Richtlinie: Verbändebündnis fordert wirkungsvolle Effizienzpolitik

Energieeffizienz-Richtlinie: Verbändebündnis fordert wirkungsvolle Effizienzpolitik
- Status Quo unzureichend
- Energieeffizienz sichert und schafft Beschäftigung.
Ein Bündnis aus Industrievereinigungen, Umwelt- und Sozialverbänden und Gewerkschaften hat an die Bundesregierung appelliert, die Verbesserung der Energieeffizienz nicht länger zu vernachlässigen. Die Verbände kritisieren, dass die Bundesregierung im Vorfeld der morgen ablaufenden Frist zur Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie nur unzureichende Maßnahmen zur Energieeinsparung auf den Weg gebracht habe.
Für eine umweltverträgliche, sozial gerechte und die Wirtschaft fördernde Energiewende sei eine umfassende Energieeffizienzpolitik unabdingbar. Außerdem ließen sich die nationalen und die europäischen Energie- und Klimaziele nur erreichen, wenn sich effiziente Geräte, Verfahren, Anlagen und Gebäude im Markt durchsetzen, so der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Paritätische Wohlfahrtsverband, der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und der WWF.
Die Verbände forderten, die für 2020 und 2050 formulierten nationalen Ziele zur Verringerung des Primärenergie-, Strom- und Wärmeverbrauchs sowie zur Steigerung der Energieproduktivität gesetzlich festzuschreiben. Erforderlich sei auch eine zentrale Koordinierung aller Energieeffizienzmaßnahmen auf Bundesebene. Die Bundesregierung müsse zudem dafür sorgen, dass Wirtschaft, öffentliche Hand und private Verbraucher mehr als bisher zu freiwilligen Energieeffizienzmaßnahmen motiviert würden. Dafür seien unbefristete und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Einkommensschwache Haushalte müssten mit gezielten Investitionsprogrammen beim Energiesparen unterstützt werden. Außerdem müsse ein Energieeffizienz-Rat einberufen werden, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Erstellung des angekündigten nationalen Aktionsplans für Energieeffizienz einbeziehe.
Eberhard Brandes, Vorstand WWF Deutschland:
"Effizienztechnologien sind die Ölquellen der Zukunft. Sie machen Energie langfristig sicher, kostengünstig und umweltfreundlich. Deutschland hat ein gewaltiges Potential für technologische Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen, das wir noch nicht genug nutzen. Hier müssen die Anreize richtig gesetzt werden, dann sprudeln diese neuen Energiequellen wie gestern das Öl."
Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender:
"Mit einer entschiedenen Energiesparpolitik könnten die CO2-Emissionen deutlich schneller reduziert werden, die Kosten für das Stromsystem wären rund 20 Milliarden Euro pro Jahr günstiger als bisher veranschlagt und der Bedarf an neuen Stromleitungen würde sich halbieren. Es wäre gegenüber Umwelt und Verbrauchern unverantwortlich, das Energiesparen weiter auf die lange Bank zu schieben."
Carsten Müller, Vorstandsvorsitzender der DENEFF:
"Wenn es gelingen soll, die Versorgungssicherheit nachhaltig zu sichern, die Energiekosten massiv zu senken und den Job- und Konjunkturmotor Energieeffizienz wirklich durchzustarten, müssen aus Ankündigungen endlich Taten werden. Das klappt nur mit einer verbindlichen Politik."
Stefan Körzell, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB:
"Energieeffizienz sichert und schafft Beschäftigung. Mit einer langfristigen und konsequenten Energieeffizienzpolitik werden Energiekosten gespart und Arbeitsplätze in der Industrie und im Handwerk geschaffen. Wir brauchen zudem eine Aus- Fort- und Weiterbildungsinitiative. Nur mit gut ausgebildeten Fachkräften können wir die Energiewende auch zu einer wirklichen Effizienzwende machen."
Damian Ludewig, Geschäftsführer FöS:
"Die Energieeffizienz ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht die wichtigste Säule der Energiewende. Die Bundesregierung versäumt es, durch eine konsequente Effizienzpolitik kostengünstige Klimaschutzpotentiale zu realisieren, die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren und damit die beste Strategie gegen steigende Energiekosten umzusetzen."
NABU-Präsident Olaf Tschimpke:
"Für den Erfolg der Energiewende ist die Energieeffizienz unverzichtbar. Nur mit Hilfe von effizienteren Geräten, Gebäuden und einer effizienteren Stromproduktion können die erneuerbaren Energien naturverträglich und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands und der EU von fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas muss beendet werden. Die Antwort auf Krisen wie in der Ukraine lautet schlichtweg: Mehr Effizienz."
Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes:
"Effizienzsteigerungen helfen Kosten zu senken, das kann die Situation einkommensschwacher Haushalte entschärfen. Damit die Einsparungen da ankommen, wo sie am meisten benötigt werden, darf die Bundesregierung die Haushalte bei den Investitionen in Effizienzmaßnahmen nicht alleine lassen. Die Bundesregierung muss mit gezielten Investitionsprogrammen für eine sozialverträgliche Energiewende sorgen."
Reinhold Festge, VDMA Präsident:
"Wir Maschinenbauer sind fest entschlossen, unseren Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz zu leisten. Die politischen Ziele sind mithilfe innovativer Technologien erreichbar. Entscheidend für die Effizienzsteigerungen sind jedoch attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen, damit die modernen und effizienten Technologien in den Markt kommen. Der politische Handlungsbedarf ist groß. Letztlich kann die Energiewende nur dann zum Erfolg werden, wenn wir nicht allein bei der Stromerzeugung, sondern auch bei der Energieeffizienz entscheidende Schritte vorankommen."
Holger Krawinkel, Geschäftsbereichsleiter Verbraucherpolitik vzbv:
"Die Energieeffizienzrichtlinie ist die Gelegenheit, Verbraucher stärker an den Vorteilen der Energiewende zu beteiligen. Gleichzeitig können Effizienzfortschritte im Industrie- und Gebäudesektor einen erheblichen Beitrag dazu leisten, Abhängigkeiten von Energieimporten zu vermindern. Die Bundesregierung ist aktuell in der vorteilhaften Position, durch die Umsetzung der Richtlinie angesichts der Ukraine-Krise auch wichtige versorgungspolitische Herausforderungen zu adressieren."
World Wide Fund For Nature (WWF)
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 311777-0
Telefax: 030 311777-199
Mail: info(at)wwf.de
URL: http://www.WWF.de
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_566700" width="1" height="1"/>

Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientiert arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen ? mehr als je zuvor ? haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.